

## **Rußlands Rolle im Rahmen der Bemühungen um Sicherheit in Europa**

Der Trend zur Globalisierung, hier verstanden als Entgrenzung politischer und wirtschaftlicher Prozesse, hat den Spielraum nationalstaatlicher Politik drastisch reduziert. Der Verlust von Kontrolle über wesentliche Instrumente des Staates und die damit einhergehende „capacity gap“ (Kapazitätslücke) des Staates (Evans 1997, S. 85) belasten auch die Handlungsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft; die vorhandenen Steuerungsmechanismen der Zusammenarbeit reichen nicht mehr aus. In der neuen Kategorie eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ wird deutlich, wie sehr neue technologische und ökonomische Entwicklungen die Beziehungen zwischen den Staaten verändern. Inzwischen sind grenzüberschreitende militärische und nicht-militärische Risiken für die Öffentlichkeit zu einer erheblichen politisch-psychologischen Belastung geworden, so daß die internationale Politik zu verstärkten Vorkehrungen gezwungen ist, wenn die Grundlagen der Zivilisation nicht aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Das Ende einer durch das kommunistische Parteiensystem zusammengehaltenen Staatenwelt in Osteuropa hat diese Prozesse in sehr spezifischer Weise beschleunigt. Hinter der mühsam aufrechterhaltenen Fassade einer anspruchsvollen außenpolitischen Selbstdarstellung ringt insbesondere Rußland mit den Problemen seiner nach wie vor ungefestigten Staatlichkeit. Das politische, wirtschaftliche und moralische Erbe von über siebenzig Jahren kommunistischer Herrschaft, aber auch die frustrierende Erfahrung der Fehlversuche der letzten Jahre bei der Transformation lasten schwer auf dem Land. Das Modell der westlichen Welt erweiterte zwar den Erwartungshorizont der Bevölkerung, die politischen, rechtlichen und zivilisatorischen Voraussetzungen eines Neubeginns lassen sich jedoch nicht importieren; sie müssen im Land selbst erarbeitet werden.

Die Feststellung, die Transformation brauche in Rußland mehr Zeit als im Überschwang der ersten Jahre angenommen worden war, gehört zu den unangenehmen Einsichten der europäischen Politik. Bis heute jedenfalls ist es der russischen Politik nicht gelungen, das Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit und innenpolitische Kontrolle wiederherzustellen - was an der Komplexität der Probleme wie der Lösungsansätze liegen mag. In einem weltweiten Umfeld rapider Veränderungen und reduzierter Staatsfunktionen spielt die Frage, ob Rußland den unübersehbaren Rückstand an konventioneller Staatlichkeit überhaupt aufholen kann, eine herausragende Rolle, denn von der Antwort hängt auch die Berechenbarkeit Rußlands als Partner für Europa ab.

Andererseits ist eine latente Verweigerungshaltung der politischen Eliten in Rußland gegenüber der neuen Realität nicht zu übersehen. Die Diskussionen zwischen Regierung und Duma und die Kommentare der Medien beschäftigen sich immer wieder und ausdauernd mit Krisenszenarien der Vergangenheit – eine Diskussion, der sich westliche Partner wiederum nicht ohne weiteres entziehen können. So wird in der Diskussion um die Erweiterung der NATO der erweiterte Sicherheitsbegriff zwar pauschal beschworen, in seiner Relevanz für die praktische Zusammenarbeit mit dem Bündnis aber nicht plausibel gemacht. Bloße Auflistungen „neuer Risiken“ mit Sammelbegriffen wie Terrorismus, Fundamentalismus, organisierte Kriminalität, Massenflucht oder Proliferation sind zu abstrakt für handlungsorientierte Überlegungen.

## Der internationale Rahmen

Zweifellos haben sich in allen Staaten der Erde die Voraussetzungen für die Bewahrung der inneren Sicherheit verschlechtert. Das Ende des Kalten Krieges hat territorial umstrittene, politisch labile und rechtlich weithin unregelte Räume entstehen lassen, die Parameter der antagonistischen Wertsysteme in Ost und West haben ihre Orientierungsfunktion verloren, und praktikable Richtlinien für gemeinsames Handeln sind nur in Ansätzen vorhanden. Dazu kommen technische Entwicklungen, die von Wirtschaft und Gesellschaft in rasantem Tempo absorbiert werden. Die wichtigste Neuerung liegt im Siegeszug nichthierarchischer Kommunikationssysteme, symbolisiert und instrumentiert im Internet. Hier dient moderne Informationstechnik der ungehinderten und unkontrollierten Kommunikation; sie setzt aber auch schutzbedürftige Informationen dem Risiko des nicht-autorisierten Zugriffs aus. Die Durchlässigkeit geographischer Grenzen entwertet die Kontrollinstrumente nationaler und internationaler Behörden gegenüber Umwelt- und Gesundheitsrisiken, und der Spielraum für sozial schädliche und illegale Aktivitäten erweitert sich schneller als der gesetzliche und organisatorische Rahmen zur Bewahrung der inneren Sicherheit (vgl. Politi 1997, Matthew & Shambaugh 1998, Zijlstra 1998).

Handel mit Menschen, Drogen, Waffen und einschlägigen Technologien, Kapitaltransfers zum Zweck der Geldwäsche und der damit einhergehende Anstieg von Erpressung und Korruption durch das organisierte Verbrechen haben sich zu einem weltweit operierenden Wirtschaftszweig entwickelt, der alle Aspekte von der Beschaffung bis zur Verteilung umfaßt. Kriminelle Organisationen wie die italienische Camorra, die japanischen Yakuza, die chinesischen Triaden oder die russischen Larionow-Brüder haben sich längst untereinander abgesprochen und sind international vernetzt. Der Erfolg dieser Gegenwelt ist nur auf dem Hintergrund korrumpierter und eingeschüchterter staatlicher Strukturen zu verstehen. Ganze Staaten gehören bereits zum System (z.B. Kolumbien), weltweit entstehen Subkulturen, die weit in die Zukunft reichen, da in ihnen Teile der jungen Generation nicht nur angelehrt, sondern auch sozialisiert wurden.

Riesige illegal erworbene Vermögen auf der Suche nach legalen Anlagemöglichkeiten sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden und erhöhen weltweit den Korruptionsdruck. Nach konservativen Schätzungen werden weltweit täglich eine Milliarde US-Dollar an illegalen Profiten mit dem Ziel der Geldwäsche transferiert und infizieren die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte. Der Staat als Garant kollektiver Leistungen (darunter an erster Stelle Sicherheit) verliert das Vertrauen seiner Bürger und gerät selbst in Gefahr. Allgemeine Verbote und zwischenstaatliche Vereinbarungen aber sind, da sie vielfach nicht durchgesetzt werden können, wirkungslos. Insbesondere in Osteuropa muß die Erfahrung eines Staates, dessen frühere Omnipotenz sich in Impotenz verkehrt hat, den politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel belasten, denn Wirkungslosigkeit demoralisiert.

Terroristische Aktivitäten zielen auf die Zerstörung verfassungsmäßiger politischer, religiöser und gesellschaftlicher Ordnungen, sind aber häufig auch Protest gegen unerträglich gewordene Zustände. Politischer Extremismus von rechts und links, Autonomie- und Sezessionsbestrebungen (der Kosovo und Tschetschenien stehen hier für viele andere regionale Krisen), der Rassismus des Ku-Klux-Clan und der religiöse Fanatismus eines Rabbi Kahane oder der ägyptischen Fundamentalisten machen an keinen Staatsgrenzen halt. Innerstaatliche und -gesellschaftliche Konflikte wie das Kurdenproblem werden häufig gerade im Ausland ausgeglichen. Aufwendige internationale Friedensbemühungen können durch unkontrollierbare „Spielverderber“ erheblich gefährdet werden, wie die Beispiele Nordirland und Israel zeigen. Neue Materialien, Waschküchenlabors und flexible Kommunikationssysteme erleichtern terroristische Aktionen, und nach Anschlägen sichern die allgegenwärtigen Medien öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Grenzen des betroffenen Landes hinaus. Das politische Scha-

denpotential des nationalen und internationalen Terrorismus reicht von der Verunsicherung bis zur Destabilisierung ganzer Gesellschaften (vgl. Shubik 1997 und Rose 1999).

Überschneidungen, Koalitionen und Kooperationen auf Zeit zwischen staatlichem und nicht-staatlichem Terror ergeben sich in der Grauzone der Nachrichtendienste, zwischen organisierter Kriminalität und politischem Radikalismus, aber auch im Übergang von staatlichen Strukturen zu halb- oder ganzkriminellen Organisationen. Private Organisationen füllen die größer werdenden Lücken staatlicher Sicherheitsvorsorge, entziehen sich aber auch zunehmend staatlichen und zwischenstaatlichen Kontrollen (vgl. Howe 1998, I). Ein herausragendes Beispiel ist hier die von südafrikanischen Berufssoldaten gegründete kommerzielle Söldnerorganisation „Executive Outcome“ mit Sitz in London (Howe 1998, II), die Zusammenarbeit der japanischen Aum-Sekte mit russischen Generälen, die ihnen logistische und technische Hilfestellung verkauften (Itar-Tass 1997), sowie die Abwanderung aus Spezialeinheiten des KGB und des sowjetischen Innenministeriums ins organisierte Verbrechen der GUS-Staaten. Erfahrungsgemäß beschränkt sich die Kameradschaft Ehemaliger aus diesem Milieu nicht nur auf die Traditionspflege.

### **Die Problemzone Rußland**

Rußland hat entgegen den großen Erwartungen der letzten Jahre noch immer nicht zu jener inneren Stabilität gefunden, die Voraussetzung für eine uneingeschränkt vertrauensvolle, d.h. berechenbare Partnerschaft ist. Die Schwäche des russischen Staates mit seinen häufigen Reorganisationen, Personalwechslern und gravierenden Finanzierungsproblemen stellt für das organisierte Verbrechen eine Einladung zur Korruption dar (vgl. Pritzl 1997). Der Vorsitzende des Rechnungshofes der Russischen Föderation wurde 1998 mit der pointierten Feststellung zitiert, in Rußland gebe es keine Wirtschaftsprobleme, sondern nur eine unverantwortliche und unkontrollierbare Korruption unter den höchsten Staatsbeamten. Diese Feststellung ist durch das Ausmaß der bekannt gewordenen Skandale und das Tauziehen um Generalstaatsanwalt Skuratow bis heute nicht ausgeräumt. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt der unheuerlichen Vorwürfe ist ein politisch eminent gefährlicher Flurschaden dadurch entstanden, daß in der russischen Öffentlichkeit alle (bis auf sehr wenige Ausnahmen) politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen unter Korruptionsverdacht stehen. Publizisten beschwören sogar die Gefahr eines Mafia-Staates - eine Perspektive, die den Kampf gegen das organisierte Verbrechen nicht nur zur nationalen Polizeiaufgabe, sondern zum Problem weltweiter Prävention macht.

Nicht zu vergessen sind die Umweltschäden, deren Ausmaß eine Sanierung nach technischen Standards Westeuropas kaum mehr möglich erscheinen läßt, ein Problem mit erheblichen transnationalen Auswirkungen. Die herausgehobene Verantwortung der russischen Politik für die Zerfallsprodukte und Altlasten der Sowjetzeit liegt auf der Hand; sie wird in amtlichen Schlüsseldokumenten in der Regel auch unterschrieben. Der nach außen erhobene Anspruch auf Anerkennung staatlicher Kompetenz wird jedoch häufig nicht eingelöst, was die Zusammenarbeit im Bereich der erweiterten Sicherheit immer wieder belastet. Dabei spielen Empfindlichkeiten des Protokolls und Prestigeüberlegungen eine eher untergeordnete Rolle; entscheidend bleibt die objektive Schwäche der institutionell ungefestigten und wenig belastbaren Staatsstrukturen Rußlands.

Das Problemfeld der unkontrollierten Weitergabe militärisch relevanter Technik, d.h. von Forschungsergebnissen und technischen Komponenten aus der Entwicklung von ABC-Waffen und der Antriebs- und Steuerungstechnik von Raketen, liefert hier genügend Anschauungsmaterial. Es bedurfte erheblicher Anstrengungen vor und hinter den Kulissen der internationalen Proliferationsdebatte, bis Präsident Jelzin endlich im Mai 1998 in seiner Rede zur Rolle Rußlands in der multipolaren Welt die Verpflichtung zu „striker, kompromißloser

Kontrolle über jede Verlagerung gefährlicher Materialien und Technologien sowohl im Ausland wie auch innerhalb unseres Landes“ bestätigte (Jelzin 1998). Gleichzeitig argumentierte er mit einer Abhängigkeit der „Grundmodernisierung der nationalen technologischen Basis“ vor allem von der Entwicklung des Rüstungssektors und beanspruchte damit für Rußland einen herausragenden Platz in der Rüstungskontrolldiskussion, der jedoch bisher nicht durch besonders überzeugende Erfolge in der eigenen Proliferationsbekämpfung gerechtfertigt wird (Gordon and Schmitt 1998).

Die Argumente der „Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“ (Konceptija 1997) mit ihren deutlichen Akzenten bei der Bewahrung einer nationalen technologischen Basis klingen eher merkwürdig, wenn planmäßige Einmischung anderer Staaten und internationaler Organisationen zur ernststen Bedrohung erklärt, ein Ausverkauf strategisch wichtiger Wirtschaftszweige an die Wand gemalt, oder wenn unterstellt wird, es würden von westlicher Seite absichtsvoll perspektivlose Projekte der militärisch-technologischen Zusammenarbeit und unsinnige Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten offeriert. Nun geht die russische Politik durchaus von einem auf nichtmilitärische Herausforderungen erweiterten Sicherheitsbegriff aus (Medvedev 1998). Dies hindert Duma-Abgeordnete und einzelne Regierungsmitglieder nicht daran, Vorwürfe gegen internationale Geldgeber wegen Einmischung in innere Angelegenheiten und unverständlicher Auflagen zu erheben, eine Argumentation, die sich insbesondere nach der Rubelkrise vom 17. August 1998 geradezu zum nationalen Konsens verdichtet hat.

Diese in sowjetischer Tradition obsessive Betrachtungsweise trübt auch der Regierung immer wieder den Blick für das Mögliche und Sinnvolle und belastet die Atmosphäre im Vorfeld einer dringend notwendigen Zusammenarbeit. So werden seit Jahren Verhandlungen über die Außerdienststellung von Nuklearwaffen und zivilen Atomkraftwerken geführt, es werden Zeitpläne und internationale Finanzierungsprogramme beraten und entsprechende Abkommen unterzeichnet. Die Ergebnisse jedoch bleiben mehr als unbefriedigend. Als Beispiel in diesem Zusammenhang mögen die vor sich hinrostenden atomar betriebenen U-Boote der russischen Nordflotte im Oblast Murmansk genügen: Nach einer Verlautbarung des russischen Atomministeriums kostet die Entsorgung des anfallenden, hochgradig verstrahlten Materials 1,5 Milliarden US-Dollar. Das Ministerium konnte 1998 hierfür jedoch nur 35 Millionen US-Dollar ausgeben, und Raum für die Endlagerung steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die skandinavischen Anrainerstaaten, die bereits 350 Millionen US-Dollar für dieses Projekt zur Verfügung gestellt hatten, sehen sich damit weiter zur Kasse gebeten.

Ähnlich stellt sich die Situation bei der Beseitigung russischer B- und C-Waffen dar, von massiven grenzüberschreitenden Umweltschäden durch Wasser- und Luftverschmutzung ganz zu schweigen. Die Zeitbomben dieser Altlasten ticken weiter, während die internationalen Untersuchungen und Verhandlungen sich bei der Frage der Finanzierung und dem stereotypen Hinweis der russischen Seite auf ihre Haushaltsschwierigkeiten festlaufen. Ein bezeichnendes Licht auf das Problembewußtsein offizieller Stellen in Rußland wirft eine Verhaftung in St. Petersburg im Februar 1996 im Zusammenhang mit dem Skandal nuklearer Gefahren, die von der Nordmeerflotte ausgehen. Beamte des russischen Abwehrdienstes FSB setzten das russische Mitglied der internationalen Bellona-Gruppe Nikitin für fast acht Monate fest, und das Verteidigungsministerium machte ihm den Prozeß wegen Spionage und Geheimnisverrats. Dieses Verfahren ist bis heute nicht abgeschlossen. Eine solche Rückkehr zur sowjetischen Praxis, unerfreuliche Nachrichten unter den Teppich der Geheimhaltung zu kehren und zu glauben, sie seien damit erledigt, muß Mißtrauen gegenüber der Aufrichtigkeit und Kompetenz der russischen Seite in Fragen der internationalen Sicherheit säen - ein Nebeneffekt, den in Moskau niemand ernsthaft wünschen kann.

Besonderen Anlaß zur Sorge für die internationale Gemeinschaft bereitet der Zustand der inneren Sicherheit Rußlands, insbesondere die explosionsartige Vermehrung des organisierten Verbrechens mit all ihren Begleiterscheinungen (Daschko 1996). Zweifellos muß sie den anomischen Verhältnissen nach dem Ende der Sowjetunion zugeschrieben werden; das Erbe der Sowjetzeit (der parteiliche Rechtsnihilismus mit seinen verheerenden Konsequenzen für Rechtssprechung, Strafverfolgung und politische Kultur, ganz konkret auch die Überreste von KPdSU, KGB, GRU und Roter Armee) lieferte einen sehr spezifischen Nährboden für das Wachstum der Kriminalität in der Zeit des Zusammenbruchs mit ihren Gesetzeslücken und der Unsicherheit der Strafverfolgung. Der Einfluß der hierauf gewachsenen Verbrecherorganisationen hat die Szenerie des weltweit operierenden organisierten Verbrechens in den Methoden verändert und um einige Dimensionen erweitert.

In diesem Zusammenhang müssen auch die bewaffneten Konflikte im Kaukasus, in Abchasien und in Nagorni Karabach als längerfristige Schwachstellen für die innere Sicherheit Rußlands angesehen werden. Dabei hatte der Versuch Jelzins, die Tschetschenienkrise mit militärischen Mitteln zu bewältigen, langfristig destabilisierende Folgen. Zusätzlich zur verzweifelten Lage großer Bevölkerungsteile in Tschetschenien selbst sind in den Flüchtlingslagern angrenzender Regionen (vor allem Dagestans) „Minenfelder“ menschlichen Elends entstanden, die „zivilisierte“ Problemlösungen umso unwahrscheinlicher machen, je länger Schadensregulierung und wirtschaftliche Hilfe aus Moskau auf sich warten lassen. Daß hier Brutstätten des Verbrechens und des Terrors mit Konsequenzen für die internationale Sicherheit weit über die betroffene Region hinaus entstehen, sollten die Erfahrungen in Palästina und Jugoslawien lehren.

### **Internationale Konsequenzen**

Die beschriebenen nicht-militärischen Herausforderungen zwingen die internationale Gemeinschaft zu vermehrter Kooperation. Der Einrichtung einer Vielzahl von Informations- und Abstimmungsmechanismen auf allen Ebenen folgten nach dem Gipfel von Scharm-el-Sheikh 1996 mehrere Erklärungen und ein Aktionsprogramm der G7/P8, wobei allerdings Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und der EU blieben. Insbesondere die amerikanische Gesetzgebung zur Einführung extraterritorialer Kontrollen und Sanktionen blieb kontrovers. Dennoch ist mit der Erklärung der Innen- und Justizminister der EU von La Gomera und der Initiative des Weltwirtschaftsgipfels in Lyon vom Juni 1996 ein Netz multilateraler Vereinbarungen und Mechanismen entstanden, das nicht unterschätzt werden sollte (Schelter 1997). Deren operative Erfolge, insbesondere in der Prävention, eignen sich nicht für spektakuläre Darstellungen. Die Tatsache, daß es nicht zu mehr dramatischen Zwischenfällen gekommen ist, kann jedoch sicher auch dieser Kooperation zugerechnet werden.

Die Staaten Ostmitteleuropas arbeiten bereits eng mit den EU-Staaten über bilaterale Kooperationsabkommen zusammen, auch wenn entsprechende Vereinbarungen noch nicht mit allen GUS-Staaten in Kraft getreten sind. Wichtig an dieser Stelle ist die Unterzeichnung eines deutsch-russischen Regierungsabkommens nach über vier Jahren schwieriger Verhandlungen im Mai 1999. Auch wenn die Regierungskonsultationen hier zu keinem Ergebnis führten (was nicht nur an der russischen Seite zu liegen scheint), so ist doch auch ohne die Sanktionierung der rechtlichen Voraussetzungen die praktische Zusammenarbeit bereits in Gang gekommen. Da der vom Schengener Abkommen abgedeckte Raum sicher zu eng für eine effiziente Bekämpfung von Problemen wurde, die längst gesamteuropäische Dimensionen erreicht haben, bietet sich eine Aktivierung der OSZE zu übergreifender Koordination an. Tatsächlich sind durch immer neue Beschlüsse hochrangiger Konferenzen zu viele Konsultationsebenen und Organisationen von Interpol bis WEU zuständig geworden, und in diesem Dickicht der Kompetenzen verlängern sich natürlich die Reaktionszeiten der praktischen Ar-

beit. Hier ist Rationalisierung dringend geboten, nicht zuletzt eine international abgestimmte Verzahnung der Arbeit nationaler und internationaler Sicherheitsapparate bis hin zu deren Ergänzung durch eine militärische Komponente.

Nach den Erfahrungen mit Irak, Indien, Pakistan und Libyen bedarf die Problematik verschärfter Kontrollen für den Transfer militärisch relevanter Technologien keiner gesonderten Diskussion. Auch wenn weder die völkerrechtliche Ächtung von „rogue states“ noch die praktischen Erfahrungen mit Sanktionen hier rasche Erfolge erwarten lassen, so sind dennoch Alternativen nicht zu erkennen. Nur eine verstärkte internationale Koordination kann das Problem, wenn schon nicht lösen, so doch wenigstens eingrenzen. Die russische Seite hat hier Bereitschaft zu intensivierter Zusammenarbeit signalisiert und auch die Verhängung amerikanischer Sanktionen gegen russische Firmen akzeptiert, die gegen das Proliferationsverbot verstoßen hatten. Allerdings bleiben immer noch Zweifel an der Fähigkeit zur Umsetzung entsprechend verbesserter Kontrollregimes in Rußland selbst.

Trotz aller offiziellen Lippenbekenntnisse hat das russische Verständnis der gemeinsamen Verantwortung für eine unteilbare erweiterte Sicherheit immer noch Lücken. Dies gilt überall dort, wo Schuldige benannt, aber keine Konsequenzen gezogen werden, und wo mit der Suche nach Sündenböcken außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs die Flucht aus der Verantwortung angetreten wird. Vollends unverantwortlich sind Versuche, in internationalen Verhandlungen über Abrüstungs- und Umweltprobleme auf Zeit zu spielen und immer umfangreichere Paketlösungen vorzuschlagen, wohl auch, um die Bereitschaft des Westens zu finanzieller Hilfe auszuloten. Gelegentlich anklingende Drohungen mit dem Zusammenbruch des Staates gehen vollends auf Kosten der eigenen Glaubwürdigkeit.

Ebenso wichtig wie die unübersehbare Rolle Rußlands als Nuklear- und eurasischer Regionalmacht ist seine weltwirtschaftliche Bedeutung. Das Scheitern des ersten Anlaufs zur wirtschafts- und finanzpolitischen Konsolidierung mit dem Rubelcrash vom August 1998 ist bezeichnenderweise bis heute ohne Konsequenzen für die Reform des russischen Bankensektors geblieben. Gleichzeitig werden atemberaubende Größenordnungen fortgesetzter illegaler Kapitaltransfers sichtbar. Die Kombination von Auslandsverschuldung, politischer Handlungsunfähigkeit des Staates und Verantwortungsscheu der politischen Eliten machen Rußland zum klassischen Fall des moral hazard und zur offenen Flanke für ein überlastetes System der internationalen Kapitalmärkte, denn die mobilisierbaren Reserven der institutionellen Gläubiger sind ausgeschöpft.

Rußlands sicherheitspolitische Probleme werden gefährlich unterschätzt, wenn sie lediglich als finanzpolitischer Balanceakt begriffen wird. Hinter der Verpflichtung zum Ausgleich des Budgets steht das Problem der Wiederherstellung des Vertrauens der russischen Gesellschaft in die Chance einer Konsolidierung staatlicher Ordnung. In dieser Perspektive kann die Forderung des IMF nach weiterer Reduzierung des öffentlichen Sektors nur mißverstanden werden, denn Polizisten, Lehrer, Ärzte und Kommunalbeamte werden in Rußland ohnehin zu schlecht, teilweise sogar überhaupt nicht bezahlt. Ihre Frustration, ihre Flucht in alternative Beschäftigung, sogar ihre Bestechlichkeit sind mehr als verständlich. Ohne ein innenpolitisch plausibles Konzept für den Neuaufbau des öffentlichen Sektors kuriert das Antikrisenprogramm der Regierung Primakow nur an den Symptomen der akuten Liquiditätsengpässe herum. Die innere Stabilisierung im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs und mit ihm die Unsicherheit über Rußlands weitere Entwicklung bleiben ein Problem der internationalen Politik.

## Literatur

- Daschko, Juri, Diebe im Gesetz - vom Aufbau der russischen Mafia, in: Wostok 6/1996, S. 67-71.
- Evans, Peter, The Eclipse of the State - Reflections on Stateness in an Era of Globalisation, in: World Politics 50, October 1997, S. 62-87.
- Gordon, Michael R. and Schmitt, Eric, Seepage of Missile Technology from Russia to Iran Comes Under Fire, in: International Herald Tribune v. 27.4.1998.
- Howe, Herbert M. (I), Global Order and Security Privatization, in: Strategic Forum (INSS) Nr. 140, Mai 1998.
- Howe, Herbert M. (II), Private Security Forces and African Stability: the Case of Executive Outcomes, in: The Journal of Modern African Studies, 36, Bd. 2, 1998, S. 307-331.
- Russian Generals & Aum, Itar-Tass v. 22. April 1997.
- Jelzin, Boris N., Zur Rolle Rußlands in der multipolaren Welt, Interfax/Itar-Tass v. 12.5.98.
- Koncepcija nacionalnoj bezopasnosti Rossijskoj Federacii, in: Rossijskaja Gazeta v. 26.12.1997, S. 1.
- Matthew, Richard A. & Shambaugh, George E., Sex, Drugs, and Heavy Metal: Transnational Threats and National Vulnerabilities, in: Security Dialogue, Bd. 29 (2) 1998, S. 163-175.
- Medvedev, Sergei, After Socialism: „New Security“ Threats in the Former Soviet Union, UPI (The Finnish Institute of International Affairs) Arbeitspapier Nr. 8/1998.
- Politi, Alessandro, European Security: the New Transnational Risks, Chaillot Papers Nr.29, Oktober 1997.
- Pritzl, Rupert F.J., Korruption, rentoorientierovannoe povedenie i organizacionnaja prestupnost v Rossii, in: PolitEkonom 1/1997, S. 64-76.
- Rose, Gideon, It could Happen Here - Facing the New Terrorism, in: Foreign Affairs Bd. 78, 1999, Nr. 2, S. 131-137.
- Schelter, Kurt, Internationaler Terrorismus und Organisierte Kriminalität, in: Europäische Sicherheit 5/1997, S. 6-12.
- Shubik, Martin, Terrorism, Technology and the Socioeconomics of Death, in: Comparative Strategy, 16/1997, S. 399-414.
- Zijlstra, Kees, Transnational Organised Crime - an Escalating Threat to the Global Market, North Atlantic Assembly, Economic Committee AR 278-EC (98) 12, Brussels, November 1998, S. 1-26.

VOGEL Heinrich, Prof. Dr. oec. publ.  
Geschäftsführender Direktor am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche  
und internationale Studien (BIOST) in Köln.